

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: Wilh. Köhling in Düsseldorf,
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u.
sonstige an den betr. Bezirksvorstand einzusenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. Z.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pf.; durch
die Post bezogen 90 Pf. Expedition und Druck
von Joh. van Nieu in Krefeld, Rath. Nr. 63.
12372222 Fernsprech-Nr. 1368. KREFELD

Nr. 18. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 5. Mai 1906. Fernsprech-Nummer 4423. 8. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Wegen der Beendigung der Nachener
Aussperrung hat der Zentralvorstand vor-
läufig von der Erhebung der ausgeschrie-
benen Extrabeiträge Abstand genommen
in der Erwartung, daß alle Mitglieder
ihre Solidarität und Opferwilligkeit durch
freiwilliges Zeichnen auf den ausgegebenen
Sammelisten nach Kräften betätigen.

Der Zentralvorstand.

An die Ortsgruppen aller christl. Berufsverbände!

Anfangs nächster Woche erscheint eine Broschüre:
„Ein Nachwort zur
Textilarbeiteraussperrung in Aachen“
Herausgegeben vom Vorstand des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Dieses Schriftchen will den christlichen Arbeitern
eine klare, zusammenhängende Übersicht bieten über
die Entwicklung und den Verlauf der Nachener
Textilarbeiterbewegung. Die Anschaffung der Bro-
schüre ist jedem christlichen Gewerkschaftler dringend
zu empfehlen. Preis:

bei 1 Stück	0,10 Mk.
10	0,90
50	3,75
100	7,-

Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des
christl. Textilarbeiterverbandes, Düsseldorf,
Corneliusstraße 66.

Zeitgemäße Betrachtungen.

„Nichts ist beständig als der Wechsel“, sagt der
Dichter. Dieses Wort hat auch für das gewerk-
schaftliche Leben volle Berechtigung. Wie mancher
Verbandsvorsitzende erblickte noch vor 5 oder 6 Jahren
in seinem Bekleidungsstück mit dem 5- oder 10-
Pfennig-Textilbeitrag ein festes Bollwerk zur
Verteidigung wirtschaftlichen Interesses. Was
um die Mitte der achtziger Jahre noch ein
einzelner, finanziell vielleicht gar nicht
besonders gut gestellter Arbeiter gegenüber. Da
bedurfte es denn meistens nur eines geschlossenen
Austretens der Arbeiter, um ihren wahren Wert
zu veranschaulichen. Zahlreich dauerte dieses
Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Es
kam es denn, daß eine große Anzahl sonst klug be-
rechnender Arbeiter dieses Verhältnis als etwas für
alle Zeit feststehendes und unveränderliches ansahen.
Und doch veränderte sich das Bild zwar unauflös-
lich aber sicher. Unbemerkt von dem im Geiste
der Tageszeitung sich wiegenden Arbeiter waren die
Arbeitgeber bereits ihre Machtstellung zu festigen.
Aus losen örtlichen Vereinigungen der Arbeitgeber
entwickelten sich Bezirke, und späterhin Landesver-
bände. Jetzt stand den Arbeitern nicht mehr der
einzelne Arbeitgeber gegenüber, sondern sie hatten
damit zu rechnen, daß derselbe der Unterstützung
seitens der übrigen Arbeitgeber gewiß war. Die
Arbeitgeber, bisher schon in den einzelnen Gewer-
ben stark und zielbewußt organisiert, traten immer
geschlossener auf den Plan, um mit der Wucht der
vereinigten Kräfte die Arbeiterkraft niederzudrücken.
Dadurch mußte sich der Charakter der gewerk-
schaftlichen Arbeitskämpfe naturgemäß ändern. Dieselben
traten immer seltener in Gestalt kleiner örtlicher
Kämpfe auf, die sich auf die Arbeiter eines Be-
triebes oder Ortes beschränkten. Ein treffendes Bei-
spiel hierfür bot uns letzthin noch die Aussperrung
im Nachener Textilgewerbe. Durch ein Nachwort
des Fabrikantenverbandes wurde das Kampfgebiet um
das Zwanzig- bis Dreißigfache erweitert. Es scheint
überhaupt immer mehr die Taktik der Arbeitgeber-
verbände zu werden, dem Kampf eine größere Aus-
dehnung zu geben, um dadurch die Kräfte der Ar-
beiterorganisationen aufs schwerste zu belasten und
eine gegenseitige Ausschöpfung der Arbeiter unmöglich
zu machen. Auch soll durch derartige Schwelgerei
den Arbeitern die Überzeugung von der Ohnmacht
der Arbeiterverbände beigebracht werden.

War es Zufall oder Absicht, daß die Borsighorster
Textilfabrikanten zweitausend Textilarbeiter in dem
Momente auszusperrten beschloßen, als in Aachen die
Aussperrung recht im Gange war? Die Beweg-
gründe für die Ausdehnungstaktik der Borsighorster
Fabrikanten wollen wir an dieser Stelle nicht unter-
suchen. Weit wichtiger für uns ist, aus den Um-
ständen die richtige Lehre zu ziehen. In Borsighorst
war unser Verband mit etwa 6-700 Mitgliedern
engagiert. Diese zu den 6-7000 Mitgliedern des
Nachener Bezirks hinzuzurechnen, bedeuteten für den
Moment für unsere Verbändekasse eine ganz
empfindliche Mehrbelastung. Wir mußten
uns aber auch mit dem Gedanken vertraut machen,
daß auch die Arbeitgeber anderer Orte vom Aus-
sperrungsstreik ergriffen würden, wodurch noch we-
tere laufende Mitglieder brotlos wurden. Was
dann, wenn die vereinigten Arbeitgeber, unbedün-
nert um den ihnen dadurch ermachenden Schaden,
durch einen plötzlich unternommenen Gewaltakt die

Halb- oder gar Zweidrittel unserer Mitglieder zu
gleichzeitiger Zeit auf die Straße setzen würden? „Dann
wäre der Verband kaputt“, werden jene Mitglieder
„von der alten Schule“ sagen, die glauben, es stets
und unter allen Umständen auf einen Kampf mit den
Arbeitgebern müssen ankommen zu lassen. So wär-
den diese alten Mitglieder sprechen, weil sie im
wirtschaftlichen Kampfe zwar tapferer Fechter, aber
keine Strategen sind. Die Tapferkeit allein
reicht in den modernen Wirtschaftskämpfen nicht mehr
aus, sie muß sich mit Klugheit paven. Wer
nicht stark genug ist, einen Schlag zu parieren, der
muß ihn auszuweichen suchen. Dazu gehört aller-
dings größere Besonnenheit und unter Umständen
auch größerer Mut als zu einem blühenden Drauf-
gänger. Aber diese Taktik des Ausweichens ist
in der heutigen Zeit für jede gewerkschaftliche Or-
ganisation unter Umständen ein Akt der Selbstver-
leugung. Wessen Willkür nicht durch maßlose Selbst-
überhebung zu einem kalten Abwägen der Kampfes-
bedingungen unfähig gemacht ist, der wird seine
Stimme nicht zu einem törichten Streich darbringen.
Wie sehr das Aussperrungsfever in den letzten
Jahren grassierte, davon gibt uns die amtliche Sta-
tistik Zeugnis.

Rück das Jahr 1904 weist die Reichsstatistik 70
Aussperrungen nach, die in 1714 Betrieben 55.273
Arbeiter zum unwilligen Stillstand zwangen. Diese
Ziffern sind in den beiden letzten Jahren noch be-
deutend gestiegen.

Daß gegenüber diesen „modernen Waffen“ der
Arbeitgeber „die gute alte Kampfsmethode“ der
Arbeitervorgänger so viel ansehnlicher wie etwa
ein altes Steinlochgewehr gegenüber einem moder-
nen Repetierer, liegt wohl klar auf der Hand. Dar-
aus erhellt aber, daß die Arbeiterorganisationen ihre
ganze Taktik den heutigen Verhältnissen anpassen
müssen.

Man wird hier vielleicht einwenden, daß auch
die größte Klugheit nicht ausreicht, um einen Ge-
waltstreiber abzuwehren. Aus eigener Kraft vermö-
gen die Arbeiter dies allerdings nicht. Daher müssen
sie ein Bündnis zu schließen suchen mit einer Macht,
an der auch die schärfsten Kräfte der Arbeitgeber-
verbände stumpf werden, mit der

Öffentlichen Meinung.

Wenn die Arbeiter die öffentliche Meinung voll
auf ihrer Seite haben, dann wird keine Arbeitgeber-
organisation stark genug sein, die Arbeiterorgani-
sation zu zertrümmern. Das Rechtsbewußtsein nutzt
doch zu tief in den weichen Bevölkerungsgehirnen,
um eine veritable Rechtsbeugung zuzulassen. Suchen
wir uns daher diese mächtige Bundesgenossin zu er-
halten. Dies ist uns christlichen Gewerkschaftlern
nicht schwer, weil wir einen festen Rechtsboden un-
ter den Füßen haben und, unbeschümt um irgend
welche Anfeindungen, unentwegt auf diesem
Rechtsboden verharren werden. Wir wer-
den uns stets freihalten von den Freilebigen des
Klassenkampfes. Entschieden und besonnen werden
wir die Rechte des Arbeiters vertreten, aber auch
die berechtigten Interessen der anderen Bevölkerungs-
schichten wollen wir respektieren. Unser Ziel ist,
dem Wohle des Volkes, der nationalen Wirtschaft,
dem inneren Frieden zu dienen. Darum arbeiten
wir unermüdet an der Aufgabe, die Beziehungen
zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, zwischen Kapital
und Arbeit auf den Boden des Rechts zu stellen.
Es stehen zu große nationale Güter auf dem Spiel,
als daß die wirtschaftlichen Fragen dauernd in ge-
wöhnlichen Kämpfen bürren entschieden werden. Durch
Vergleiche und Verträge wollen wir eine Verständig-
ung ermöglichen zwischen den beiden mächtigsten
Faktoren unseres Wirtschaftslebens. Weber der ein-
seitige Herr-in-der-Genossenschaft mächtiger Arbeit-
geber noch der Klassenkampf der „freien“ Gewerk-
schaften wird sich auf die Dauer nicht genügend er-
weisen, eine dem Gesamtwohl dienende Regelung
des Arbeitsverhältnisses zu verhindern. Anläge zu
einer

friedlichen Austragung der Interessengegenstände
sind, so schrieb im vorigen Jahre Professor Franke in
der „Sozialen Praxis“, bereits vielfach vorhanden. Die
neutralen Arbeitsnachweise, die kommunalen und pri-
vaten, unter Förderung des Staates, haben einen erheb-
lichen Einfluß auf die friedliche Regelung des Arbeits-
marktes gewonnen. Die Gewerbebehörden und neuer-
dings mit ihnen die Kaufmannsgerichte richten durch
ihre Entscheidungen über Streitigkeiten aus dem Ar-
beitsvertrag feste Normen für das Arbeitsrecht auf.
Als Einigungsämter entfalten sie eine von Jahr zu
Jahr steigende Wirksamkeit, fördern nachdrücklich den
Abschluß von Verträgen zwischen den organisierten Ar-
beitgebern und Arbeitern und wachen über ihre ge-
wöhnliche Ausführung. Es ist doch keine Kleinig-
keit, daß allein in Berlin jetzt 50 Schlichtungs-Kom-
missionen für die vor dem Gewerbeamt geschlossenen
Arbeitsverträge fungieren. Hier und da wirkt auch
ein Schlichtungsamt kräftig zum Frieden. Auch außer-
halb des Bereichs der Gewerbebehörden haben ange-
sehene Persönlichkeiten, die das allgemeine Vertrauen
genießen, gute Dienste zur Beilegung von Arbeits-
kämpfen geleistet: Gewerbeinspektoren, Bürgermeister
und andere Beamte. Das hervorragende Beispiel
ist in diesem Jahre das erfolgreiche Eingreifen der
Bürgermeisterin Essen im rheinisch-westfälischen Bau-
gewerbegebiet. Die wichtigsten Vorgänge vollziehen
sich ganz im Stillen: es sind die Verhandlungen, die
ohne Sturm und Kampf verlaufen. Solche friedlichen
Lohnbewegungen zählt die gewerkschaftliche Statistik
für das abgelaufene Jahr bei 40 Organisationen in
1310 Orten insgesamt 1904 in 15.143 Betrieben mit

249.892 Beschäftigten auf: 184.206 Arbeiter und Ar-
beiterinnen waren davon beteiligt. Man sieht, diese
Bewegung friedlichen Verhandels und Abschlusses
übertrifft an Breite und Umfang jetzt schon die Ar-
beitskämpfe. Im Gegenzug zu diesen erfordern sie
fast gar keine Kosten; es wurden nur etwas über
20000 Mk. dafür ausgegeben. Dagegen können ihre
Erfolge sich schon sehen lassen; in der Woche rund
200000 Stunden Arbeitszeitverlängerung und rund
12 Millionen Lohnerhöhung im Jahre für zusammen
184.206 Personen.

Man kann auf diese Tatsachen gar nicht nach-
drücklich genug hinweisen, eben weil sie sich so leicht
der öffentlichen Aufmerksamkeit entziehen. Der Streit
und die Aussperrung tritt auf die Gasse und den
Markt hinaus, von ihnen sind die Zeitungen voll,
die Parteien rufen die Sympathie des Publikums an,
die Parlamente beschäftigen sich mit ihnen, nicht
mindest die Ministerbureaus. Diese friedliche Lohn-
bewegung zieht ihre Bahnen absichtsvoll vor der Dessein-
lichkeit, nur die zunächst Beteiligten wissen zumeist
darum, niemand weiter kümmert sich um sie. Und
doch sind sie von größter Bedeutung. Jetzt schon
zahlreicher und umfangreicher als die Arbeitskämpfe
bringen sie die Anparität auf die friedlich geregelte
Erfüllung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und
Arbeiter und damit für eines der Fundamente unseres
Wirtschaftslebens. Ihr Endziel sind vorwiegend die,
Tarifverträge benannten Abschlüsse über Lohn-
höhe, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen für eine
bestimmte Zeit. Man schätzt die Zahl der gegen-
wärtig in Deutschland zu Recht und Kraft bestehenden
Tarifverträge auf rund 2000. Die erwähnten
friedlichen Lohnbewegungen haben allein im Jahre
1904 zu 539 Tarifabschlüssen geführt. Ihre stärkste
Stütze finden sie in den Organisationen der Arbeit-
geber und der Arbeiter; auch hierfür bringt die
Statistik beweiskräftige Zahlen: Die Arbeitgeberver-
bände und die Gewerkschaften sind heute schon Träger
der Tarifbewegung wie der Arbeitskämpfe. Und
wenn sehr häufig die Streiks und Aussperrungen
heutzutage in der Regel ohne Gewalttaten und Sch-
heiten verlaufen, geht sogar in außerordentlicher Ruhe
und Ordnung, so mehrt das Verdienst hierfür in
erster Linie der erzieherischen Straft und der freies
Kontrolle der Organisation, der das Gemeinwohl
dafür zu Dank verpflichtet ist.

Nicht Klassenkampf, nicht Fabrikjudalismus ver-
mag erträgliche Verhältnisse für Arbeitgeber und Ar-
beiter zu schaffen. Deshalb müssen beide Teile auf
dem Boden des Rechts sich zusammensuchen. Des-
halb muß die Parole lauten: Jedem sein Recht!
Die christlichen Gewerkschaftler haben auf diesem Ge-
biet. Deshalb werden sie die Aufgabe haben, den
Rechtsboden vorzubereiten, auf der Arbeiter und
Arbeitgeber zusammentreten können zu schmerz-
freudiger Arbeit.

Das ist unser hohes Ziel, dem wir unentwegt
zueilen. Im Bewußtsein unseres unentwegten
Rechtsstandpunktes werden wir unserer Pflicht als
christliche Gewerkschaftler genügen. In der Erfüllung
dieser Pflicht darf keiner zurückbleiben.

In der Gasse.

Die „Genossen“ sind mit ihrer Forderung gegen den
christlichen Verband in Aachen in eine arge Falle
geraten. Weil unser Verband die Arbeiter der Firma
Meyer anwies, die für sie günstigen Bedingungen
anzunehmen, da jähren die „Genossen“ über den
christlichen Arbeiterverband. Jetzt sind die „Genossen“
in der Lage, ihre Ansprüche über Arbeiterverrat auf
das Verhalten des „deutschen“ Metallarbeiterver-
bandes in Düsseldorf anzuwenden. Zur dortigen
Formerbewegung schreibt die „Westfälische Abend-
post“, das Organ des Christ-Deutschen Ausbrei-
tungsverbandes, in ihrer Nummer vom 25. April
folgendes:

„Düsseldorf. Zur Formerbewegung
in Düsseldorf. Seit Samstag, den 14. April,
befinden sich die Formere und Dieglerarbeiter der
Firma Geiger, Jahrbuchverlag, Geroldsdorf, im
Streik. Gemüht haben die Arbeiter die Hufe
verlassen, alles Juridischen des Metallarbeiter-
verbandes hat nichts geschadet, auch dann nicht,
als seitens des Metallarbeiterverbandes erklärt
wurde, es würde keine Unterstützung gezahlt.
Sogar am Tage vor der Arbeitsüberlegung hat
der Verband seine Mitglieder bei der
Firma Geiger zusammengerufen und mit
allen nur erdenklichen Mitteln da-
hin gearbeitet, daß die Leute ihre An-
ündigung zurücknehmen sollten, aber auch
das half nichts, im Gegenteil, man ist in der
betreffenden Versammlung dem anwesenden Beamten
Barthelmeier Wallbrecht und dem Beamten der
hiesigen Verwaltung Dombauer sehr zu Leibe
gerückt. „Wenn der Metallarbeiterverband nicht
hinter uns steht, dann stehen aber die Formere
Düsseldorfs hinter uns; die Gewerkschaften hatten
unter allen Umständen die Kündigung aufrecht,
und wir machen dasselbe“, so sagte man in der
Versammlung. Die Leute haben vollständig korrekt
gehandelt und hätten im umgekehrten Fall sich
mit Haut und Haaren der Firma verkauft, wenn
sie die Kündigung zurückgenommen hätten, und so
ist es mehr als annehmend, daß die jetzt so kamp-
beredten Mitglieder des Metallarbeiterverbandes
auf den anderen Werken Düsseldorf, trotzdem die
Situation außerordentlich günstig ist, eine Faust in der
Tasche machen. Arbeit ist in Hülle und Fülle
vorhanden, die Organisationsverhältnisse sind auf
den meisten Werken gute, Arbeitwillige fallen

uns keine in den Rücken, und die Forderungen sind
ohne weiteres von jedem, der noch einen Funken
Humanität besitzt, als berechtigt anzuerkennen.
Worauf warten nun die Formere Düsseldorf noch,
vielleicht, daß der große Metallarbeiterverband an
einigen Orten mit ein paar 1000 Mitgliedern im
Kampfe steht? Das kann und darf die Mitglieder
dieses Verbandes nicht abhalten, denn man muß
das Essen schmieden, so lang es heiß ist, und wo
ein Wille, da ist auch ein Weg. Dieses haben auch
viele Mitglieder des Metallarbeiterverbandes be-
griffen, denn sonst würden nicht Vertrauensleute
deselben an die Vertrauensleute unseres Gewer-
vereins mit dem Verlangen herantreten, letz-
tere sollten die Kündigung einreichen und sie wür-
den folgen. Wenn man von der Durchführbarkeit
der Forderungen überzeugt ist, dann soll man
auch die Bewilligung verlangen und uns von lei-
nem juristischen Drängen lassen, von unserem letzten
und heiligsten Recht, dem Mittel des Streiks, Ge-
brauch zu machen, denn von selbst rücken die Un-
ternehmer nichts heraus, und so sind wir denn
gezwungen, den Unternehmern zu zeigen, daß die
Arbeiter vereint eine Macht bilden, mit der auch
die Unternehmer zu rechnen haben.“

Das ist doch ein gesundes Freisein für die so-
zialdemokratische Presse. Der „deutsche“ Metallar-
beiterverband ruff seine Mitglieder zusammen, droht
ihnen, keine Unterstützung zu zahlen, wenn sie strei-
ken würden usw. Der Fall lag also „weit krasser“
als in Aachen, wo es sich für die Arbeiter darum
handelte, günstige Bedingungen anzunehmen und da-
durch die allgemeine Aussperrung zu verhindern.

Die sozialdemokratische Presse aber findet das
Verhalten des „deutschen“ Metallarbeiterverbandes
ganz korrekt. Dagegen „Düsseldorfer Volkszeitung“,
welche vor einigen Tagen einen spaltenlangen Ar-
tikel über „den Verrat des christlichen Verbandes
in Aachen“ brachte, sie schreibt jetzt in ihrer Nr. 98
zur Verteidigung des Metallarbeiterverbandes:

„Genau wie das Unternehmertum, möchten sie
die „Christ-Deutschen“ den Metallarbeiterver-
band so stark engagieren, daß ihn das Geld aus-
geht, um nachher die „Konsumstoffe“ übernehmen
zu können. Genau wie die „Genossen“ in Aachen.
Die Redaktion der Textilarbeiter-Zeitung.“

Wenn die Geschichte anfängt ernst zu werden,
wie in Dresden aber im mitteldeutschen Hochlan-
des, dann kommt ein „General“ aus Berlin
und dreht der Geschichte den Hals um. Das geht
ebenfalls ja genau auf das Verhalten der „Deut-
schen“ in Aachen. Die Redaktion der Texti-
larbeiter-Zeitung.“

Weil nun in Düsseldorf diese schöne Wucht
nicht nach Wunsch klapt und der Metallarbeiter-
verband nicht streiken will, wenn es den Herr-
schaften in dem Kram paßt, so ist man jackschiff
geworden. Man versucht mit allen möglichen
Mitteln, die Formere gegen den Verband anzu-
hegen. Man hat wenig zu riskieren, mit Aus-
nahme von 2 Formere befindet man sich überaus
in verhältnismäßiger Minorität. Die Strategen aus
der Innemannfrage werden sich überzeugen
müssen, daß die Liedermäße vorgeblich ist. Die
große Mehrzahl der Mitglieder des Metallar-
beiterverbandes ist vernünftig genug, die Situation
begreifen zu können. Wenn man schon seine Mit-
gliederzahl in die Höhe bringen will, dann wird
man auf andere Mittel sinnen müssen.“

Wir trauten unseren Augen nicht, als wir diese
Zeilen lasen. Der christliche Verband sollte in Aachen
die Meyerischen Arbeiter verraten haben, obwohl
einer ihrer Vorführer erklärte: „Wir wissen, daß
bei der Geschichte nichts heraus kommt, und der
Verband dabei kaputt geht.“ In Düsseldorf aber
appelliert die „Volkszeitung“ an die Mitglieder des
„deutschen“ Metallarbeiterverbandes, daß sie ver-
nünftig genug seien, die Situation einzusehen und
zu streuze zu kriechen. In eine solche Falle sind die
„Genossen“ wohl noch nicht oft geraten. Sie spotteten
über und wollten es selber nicht.

Was über das Zulassungszeugnis.

Manchmal entstehen zwischen Arbeitgebern und
Arbeitern Differenzpunkte über das Zulassungszeugnis.
Gemäß § 113 der Gewerbeordnung können die Ar-
beiter beim Abgabe ein Zeugnis über die Art und
Dauer ihrer Beschäftigung fordern. Dieses Zeug-
nis ist auf ausdrückliches Verlangen der Arbeiter
auch auf ihre Führung und Leistungen anzudeuten.
Daraus geht hervor, daß der Arbeitgeber dem
Arbeiter kein Zeugnis ausstellen braucht, wenn
der Arbeiter es nicht ausdrücklich fordert. Ob-
den ausdrücklichen Wunsch des Arbeiters darf der
Arbeitgeber nur die Art und Dauer der Beschäftig-
ung in das Zeugnis eintragen.

Ein einfaches Abgangszeugnis würde demnach
etwa lauten: „Der A. A. war bei uns vom 14.
Februar 1894 bis zum 10. März 1905 als Weber
beschäftigt.“

Brünnemann u. Co.
Nach. Weber.
Jede andere Bemerkung ist ohne ausdrücklichen
Wunsch des Arbeiters unteragt. In der „deutschen
Arbeiterzeitung“ erläutert ein Jurist die gesetz-
lichen Bestimmungen über das Abgangszeugnis näher.
Er schreibt:
„Wann ist das Zeugnis zu erteilen? Ueberein-
stimmend sagen alle die hier erwähnten Gesetzes-
stellen, daß der Prinzipal der Pflicht zur Erteilung eines
Zeugnisses zu genügen habe, bei der Beschäftigung“

des Dienstverhältnisses: wenn in der Gew.-Ordn. § 113 gefagt wird:

„Beim Abgange können die Arbeiter ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern.“

Daraus folgt zunächst, daß der Arbeitgeber einen Anspruch des Angestellten auf ein sogen. Interimszeugnis nicht hat anerkennen wollen. Bisher ist es wie man weiß, üblich, daß namentlich Handlungsgehilfen schon bei der Kündigung ein solches Interimszeugnis fordern und auch erhalten, um damit ihre Bewerbungen für ein neues Engagement zu fördern. Es ist vielfach bereits von berufener Seite, namentlich durch Gutachten von Handelskammern, festgestellt worden, daß die Gepflogenheit, solche Interimszeugnisse zu geben, noch keineswegs sich zu einem feststehenden Handelsgebrauch, also zu einem Sog. Gewohnheitsrecht verdrängt hat. Freilich ist diese Ansicht nicht unbestritten, und derjenige Prinzipal, der sicher gehen will, wird also, wenn nicht besondere Umstände entgegenstehen, dem Wunsch seines Angestellten, ihm ein solches Interimszeugnis zu erteilen, entsprechen müssen.

Natürlich kann aber auch der Angestellte, nachdem er bereits seinen Posten verlassen hat, noch nachträglich ein Zeugnis fordern; sein Recht hierauf verjährt erst in 30 Jahren. Macht er es erst jetzt geltend, so wird er es sich freilich gefallen lassen müssen, wenn der Prinzipal ihm entgegen, er könne sich jetzt nicht mehr auf die Einzelheiten besinnen und habe im Laufe der Zeit es auch vergessen, welcher Art die Leistungen und wie die Führung des ehemaligen Angestellten gewesen seien. Ob er wird er kaum noch in der Lage sein, selbst die einfachsten Daten, wie Zeitpunkt des Dienstantrittes und des Ausscheidens, mit Sicherheit zu ermitteln. Unter solchen Verhältnissen hat es sich aber derjenige, der das Zeugnis fordert, selbst zuzuschreiben, wenn es ihm gar nicht oder nur lückenhaft erteilt wird. Andererseits ist zu bemerken, daß jeder nur einmal ein Zeugnis von seinem Prinzipal fordern kann; hat er es ihm gegeben, so ist damit die Sache erledigt. Daraus ergibt sich folgendes: hat der Angestellte das Zeugnis verloren, so ist ihm geboten worden, oder ist es ihm sonst ohne sein Verschulden abhanden gekommen, so kann er trotzdem nicht dem Prinzipal dazu zwingen, diese Urkunde noch einmal anzufertigen.

Bei der Abfassung des Zeugnisses hat der Prinzipal sich genau an das Verlangen des Angestellten zu halten. Mithin namentlich sagt das Gesetz, daß nur auf Verlangen des Angestellten das Zeugnis auszufertigen ist auf die Führung und auf die Leistungen. Wird ein solcher Wunsch nicht kundgegeben, so muß der Prinzipal in dem Zeugnis sich einzig und allein auf Angaben über die Art und über die Dauer der Beschäftigung beschränken; er darf nichts hinzufügen, was nicht dazu dient, diese beiden Tatsachen zu kennzeichnen.

Der Anspruch auf ein Zeugnis ist, wie alles, was man auf Grund eines solchen Vertrages von der Gegenseite zu fordern hat, klagbar. Der Richter kann aber nicht nur dann angerufen werden, wenn der Prinzipal die Ausstellung eines Zeugnisses überhaupt verweigert, sondern auch, wenn das von ihm erteilte Zeugnis nach der Meinung des Angestellten ein ungetreues oder falsches ist, wenn also darin Tatsachen behauptet werden, die der Wahrheit vermeintlich nicht entsprechen, oder wenn das darin niedergelegte Urteil nicht mit der nachweisbaren Leberzeugung des Prinzipals sich nicht im Einklange befinden sollte.

Schließlich sei noch eine besondere Bestimmung gedacht, die die Gewerbe-Ordnung gerade für die Zeugnisse der Arbeiter, der Gesellen und Gehilfen erteilt. Im § 113 Abs. 3 wird nämlich gefagt:

„Den Arbeitgebern ist unterjagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaute des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen.“

Es handelt sich hierbei aber nicht etwa bloß um eine Sache, welche die Parteien untereinander auszumachen hätten, sondern um eine Bestimmung des öffentlichen Rechts, denn derjenige Arbeitgeber, der ihr zuwider handelt, hat nach § 146 Ziffer 3 der Gew.-Ordn. eine Geldstrafe bis zu 2000 Mk. und im Unvermögensfalle Gefängnis bis zu sechs Monaten zu erwarten. Welche Bewandnis aber hat es nun mit dieser Anordnung, die das Gesetz, wie man sieht, so besonders ernst nimmt? Es will in dem Zeugnisse nichts enthalten, und aus diesem Grunde, und noch mehr aus dem gesamten Wesen der Urkunde nichts zu entnehmen sein, was nicht auch zugleich für den Angestellten selbst ohne weiteres verständlich ist. In gewissen Gegenden hatten sich die Arbeitgeber untereinander dahin geeinigt, eine außerordentliche Persönlichkeit, die es darauf ablegte, in die Reihen der Arbeitnehmer Unzufriedenheit und Unruhe zu tragen, (?) dadurch zu kennzeichnen, daß man bei der Niederlegung des Zeugnisses Punkte von bestimmter Farbe benutzte. Der Arbeiter selbst nahm das Papier arglos entgegen und bemerkte sich nur an das, was darauf zu lesen stand; der Arbeitgeber aber, dem er es vorlegte, brauchte wiederum von dem Texte selbst gar keine Kenntnis zu nehmen: wobei er nur die Farbe sah, mit welcher der andere das Zeugnis geschrieben hatte, so wußte er bereits Bescheid und legte die Entstellung des Beweises ab. Solche und ähnliche Manipulationen haben der Gesetzgeber nicht. Sein Kalkül ist bei § 113 Abs. 3 nicht, wie bereits erwähnt, auf die gewöhnlichen Arbeiter im eigentlichen Sinne des Wortes; eine besondere geistliche Bewachung aber wird auch, wo es sich um Angestellte anderer Gewerke handelt, als unzulässig zu betrachten sein, was das Recht nicht den Spracher einer bestimmten Gewerbeordnung anerkennen.

Von Sparen.

Ein Kollege aus Breslau schreibt uns: Das Sparen ist gut und empfehlenswert, wenn es an der richtigen Stelle geübt wird. So wäre es zu wünschen, wenn die nachfolgenden Mann etwas Sparanleihe zu empfehlen, der sein Geld in einer Weise und für einen Zweck zu verwenden, der ihm und seiner Familie den besten Gewinn verschafft. Aber leider wird die Sparanleihe nur zu oft an unrichtigen Orten geübt, und dann wird sie nicht nur nutzlos, sondern schädlich. Schon seit uns zum Beispiel einen Arbeiter an, der den Verbandbeitrag gut bezahlen konnte, aber denselben „ipsum“. Er sagt sich: Für dieses Geld kann ich mir, wenn ich es ein Jahr lang spare, eine neue Weste kaufen. Das ist aber durch diese Art des Sparens an anderer Stelle vielleicht ein guter Ausweg und noch ein Lebensziel dazu verbunden. Denn wenn ein solcher Arbeiter nicht, hätte ein solcher „Sparanleiher“ die Gewinne, die er durch seine Organisation sich vor oftmals erworbenem Lohngehältnen hätte, dann würde er, um zu sparen, den Verbandbeitrag gerne abgeben.

Denn arbeiten wir doch in der Organisation nicht nur für uns, sondern auch für unsere Nachkommen. Diese sollen doch auch ernten, was wir gesät haben. Sorgen wir dafür, daß diese annehmen kann, und die Arbeiterschaft zu unterstützen. Und wir aber das, dann hinterlassen wir unsere Kinder nicht einen neuen „Sparanleiher“, für den sie uns noch in späteren Jahren werden dankbar sein.

Schließlich sei noch auf die Sparanleihe hingewiesen, die der Unternehmer, nach der Arbeiterpartei, oft an der richtigen Stelle geübt wird. Ein Kollege aus Breslau schreibt uns: Das Sparen ist gut und empfehlenswert, wenn es an der richtigen Stelle geübt wird. So wäre es zu wünschen, wenn die nachfolgenden Mann etwas Sparanleihe zu empfehlen, der sein Geld in einer Weise und für einen Zweck zu verwenden, der ihm und seiner Familie den besten Gewinn verschafft. Aber leider wird die Sparanleihe nur zu oft an unrichtigen Orten geübt, und dann wird sie nicht nur nutzlos, sondern schädlich. Schon seit uns zum Beispiel einen Arbeiter an, der den Verbandbeitrag gut bezahlen konnte, aber denselben „ipsum“. Er sagt sich: Für dieses Geld kann ich mir, wenn ich es ein Jahr lang spare, eine neue Weste kaufen. Das ist aber durch diese Art des Sparens an anderer Stelle vielleicht ein guter Ausweg und noch ein Lebensziel dazu verbunden. Denn wenn ein solcher Arbeiter nicht, hätte ein solcher „Sparanleiher“ die Gewinne, die er durch seine Organisation sich vor oftmals erworbenem Lohngehältnen hätte, dann würde er, um zu sparen, den Verbandbeitrag gerne abgeben.

Von Alkohol und seiner Einwirkung auf Leber und Gesundheit.

Zu dem Arbeiter zur Kulturverbesserung seiner moralischen Sitten, welche wie jeder andere auf die ununterbrochene Verbesserung seiner Arbeitskraft angewiesen, also um ihn und seine Familie die Erhaltung der Gesundheit von allergrößter Bedeutung ist, so geht dann hervor, welche Wichtigkeit die Erhaltung der Gesundheit überwiegen. Alkoholgenuss auf Leber und Gesundheit der gesamten Arbeiterschaft haben muß.

Die Erhaltung der Leber hat zunächst aber auch nachher, daß das Alkoholgenuss einleitet, das menschlichen Organismus der Gesundheit aller Art empfänglicher, gegen andere Einflüsse weniger widerstandsfähig macht, andererseits bestimmte

innere Organe, insbesondere Magen, Leber, Nieren, Herz, Gehirn, Blutgefäße und Nerven schädigt und dadurch ernste Krankheitserscheinungen hervorruft, welche unter der Bezeichnung Magenverengung, Fettersucht, Säurefieber, Säuremüdigkeit, Fettersucht, Nierenschwäche, Gehirnschwäche, Arterienverkalkung und Neurose allgemein bekannt geworden sind und sehr häufig zu frühzeitigem Tode führen.

Eine Begleiterscheinung des gewohnheitsmäßigen Alkoholgenusses pflegt ferner die Herabsetzung des allgemeinen Stoffwechsels zu sein; sie führt häufig zu gichtischen Erkrankungen und Fettleibigkeit. Bei Gewohnheitstrinkern kommt es häufig zur Leberschwelung, entweder durch Ablagerung von Fett in die Leberzellen (Fettleber) oder durch eine noch gefährlichere Veränderung, welche bei fortgesetztem Alkoholgenuss schieflich zur Leberschrumpfung (Säureleber) und unter den Erscheinungen der Bauchwassersucht zum Tode führt. Ebenso ist es mit der Nierenschwäche, die bei Alkoholikern gleichfalls, namentlich bei Brandweintrinkern nicht selten auftritt.

Der durch starken wiederholten Alkoholgenuss ausgeübte örtliche Reiz führt durch Erweiterung und Lockerung der Schleimhäute zu stärkeren Absonderungen (Katarthen) und entzündlichen Zuständen in der Mundhöhle, dem Rachen, sowie dem Magen und Darm und damit auch zu Ernährungsstörungen. Der Nierenschwäche der Trinker pflanzt sich gewöhnlich auf die Schleimhaut der Luftröhre fort und gibt zu chronischen Kehlkopf- und Bronchialkatarrhen mit ihrer Begleit- und Folgeerscheinungen — Heiserkeit, Husten, Kurzatmigkeit, Asthma — Anlaß. Ähnlich kann auch das Lungengewebe in Mitleidenchaft gezogen und in ihm ein geeigneter Boden zur Aufnahme anderer Krankheitserreger Keime, vorzüglich derjenigen der Lungentuberkulose, geschaffen werden. Schwere Schädigungen ist auch in nicht seltenen Fällen das Herz und das Gefäßsystem der Trinker ausgeübt. Die bei unmäßigen Weintrinkern häufig vorkommende Herzvergrößerung (Hörersucht) beruht vor allem auf der Wirkung des Flüssigkeitsmangels, die in den Blutkreislauf gelangen und eine Leberarbeit des Herzens mit nachfolgender Verdrängung des Herzmuskel und Erweiterung der Herzkammern verursachen. Auch eine Verdrängung des Schwermögens kann als Folge übermäßigen Alkoholgenusses entstehen.

Was allem aber wird das Nervensystem durch den Alkohol beunruhigt und gefährdet; im Zusammenhang damit besteht das bei Gewohnheitstrinkern bemerkbare Zittern der Hände und ihr unruhiger, schwankender Gang. Auch am Rückenmark können ähnliche Veränderungen auftreten. Im Gehirn kann die anhaltende Ueberfüllung der kleinen Blutgefäße zum Verstopfen und zu Blutergüssen (Gehirnschlagflüssen) Anlaß geben. Der bei vielen Alkoholikern schon frühzeitig sich entwickelnde Verfall der Gedächtniskraft und somit die Verdrängung der Unfallgefahr folgen Abtöpfung des Auffassungsvermögens und der Willenskraft, sowie Schädigung des Gesamtcharakters und nicht selten ausgeprägte geistige Erkrankungen der verschiedensten Art, Delirien und Wahnbildungen (Säuremüdigkeit), ja sogar Verblöbung und unheilbare Geisteskrankheit.

Wichtig machen sich bei übermäßigem Alkoholgenuss auch Störungen nach der sittlichen Seite hin bemerkbar; den Gewohnheitstrinkern pflegen bald die Begriffe von Ehre und Pflicht zu schwinden, so daß sie ihren Vernunft und ihre Familie vernachlässigen, zu Streit, Schlägereien und geschlechtlichen Ausschweifungen mit den bekanntesten schamlosen Tugenden neigen, und auch sonst, wie die Statistik der Verbrechen beweist, viel leichter als mäßige Personen auf Abwege geraten. Geprägt sei ferner noch der jedem Erwochsenen verhältnismäßig Hinweis auf die schädlichen Folgen für die Nachkommenschaft, deren Entwidlung oft durch Vernachlässigung der Pflege und Erziehung weiter ungünstig beeinflusst wird.

Wenn jeder Arbeiter sich einmal klar macht, welchen Schaden er durch übermäßigen Alkoholgenuss entgegensteht, so dürfte diese Betrachtung allein schon zum Entschluß in die Schädlichkeit des Alkoholgenusses und den Nutzen der Übung der Mäßigkeit beitragen.

Sozialdemokratie und Austritt aus der Kirche.

„In dem sozialistischen Monatsheften (Aprilheft 1906) veröffentlicht Genosse W. Schröder einen Artikel „Sozialdemokratie und Kirche“, worin er den wilden Kulturkämpfern seiner Partei den Rat gibt, in Zukunft etwas zäher zu Werk zu gehen, da sie sonst nur die eigene Partei schädigen und weite Kreise von ihr abziehen. Denn die Gegenwart wirft die Frage auf, ob die religions- und kirchenfeindliche Haltung so mancher Sozialdemokraten dem Sozialismus einen ähnlichen Gewinn gebracht habe, wie der Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihre profanen Stützen. Wohl nur wenige werden diese Frage bejahen (S. 27).“

„Zwar will der Genosse darüber keine Anklage erheben gegen jene seiner Parteigenossen, welche in scharfen Auseinandersetzungen gegen die Religion ihr Behagen finden; diese, meint er, entschuldigen zu können mit der Art und Weise, wie die Geistlichen selbst die Sozialdemokratie bekämpfen. Damit mag sich Genosse Schröder den Rücken decken wollen gegen Angriffe auf seine Darlegungen aus dem eigenen Lager von jenen derjenigen Genossen, welche sich durch diese seine tadelnden Bemerkungen getroffen fühlen könnten. Der Beweis für seine Behauptung, daß manchen Geistlichen seit jedes Hauptmittel recht war, verfehlt er nicht einmal, jedenfalls hat sich keiner zu dem Satz des sozialdemokratischen Wortführers Kautsky vertragen, daß dem Feinde gegenüber die Pflicht der Wahrhaftigkeit nicht gelte.“

Was diesen Ausführungen des Genossen Schröder besonderes Interesse gibt, ist das Eingeständnis, daß trotz aller Agitation und sozialdemokratischer „Aufklärung“ es doch noch nicht gelungen ist, die Religion ganz aus dem Herzen des Arbeiters zu vertreiben. Die Agitation für den Austritt aus der Landeskirche dauert Jahrzehnte, und sie ist mit beträchtlichem Aufwand von Mühe geföhrt worden. Wo irgend ein Daten sich einschlagen ließ, geschah es. Demnach im Pastor sich unangemessen am Grabe eines Sozialdemokraten, wurden die Kirchensteuer am Orte erhöht, wurde zugunsten des kirchlichen Einflusses die Verwaltung oder gar die Gesetzgebung in Bewegung gesetzt: kein Anlaß ging vorüber, ohne daß die freireligiöse Agitation unter dem mehr oder weniger nachdrücklichen Beistand sozialdemokratischer Blätter mit Eifer eingriff. Was war das Resultat dieser unangenehmen Mühen?

Seien wir ehrlich. So stark im deutschen Proletariat das Bedürfnis ist, dem Unmut über die schmerzhaften politischen und wirtschaftlichen Zustände durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel bei den Reichstagswahlen, durch Anschließung an die gewerkschaftlichen Organisationen Ausdruck zu geben, so gering ist die Neigung, gegen Religion und Kirche laut zu protestieren. Gewiß, die Zahl der positiven Christen, ja auch nur der gelegentlichen Kirchenbesucher ist gering im Proletariat, aber ebenso gering ist die Zahl derer, die es der Mühe für wert halten, ihrem Bruch mit der Religion dadurch offen Ausdruck zu geben, daß sie ihren Austritt aus der Landeskirche erklären und ihre Kinder nicht taufen lassen. Alle Agitation in dieser Richtung hat kein befriedigendes Ergebnis gehabt und wird auch trotz aller reaktionären Schuldgefühle nur mit mäßigem Gewinne abschließen (S. 398).“

Auf Grund dieser seiner Beobachtungen erteilt daher Genosse Schröder der Sozialdemokratie den Rat, ihre Kulturkämpfe einzustellen. Denn „ein Kulturkampf gegen Kirche und Religion hat auch keine Schattenseiten und läßt die Frage, wer schließlich den Gewinn davontragen wird, selbst dann sehr unentschieden, wenn nicht preußische Bureaucraten ihn unter dem Beifall der National-Liberalen, sondern Verwaltungsbeamte der sozialistischen Gesellschaft ihn rein mit des Geistes Schröder (!) und mit Unterstützung beträchtlicher Sozialisten von solcher Intelligenz (!) führen, wie sie sich zahlreich Lager nur in den sozialdemokratischen Wahlvereinen preußischer Großstädte anzuhäufeln pflegt. Uns auf die siegende Gewalt der materialistischen Gesellschaftsauffassung, überhaupt auf unsere Wissenschaftlichkeit allein zu verlassen, ist recht schön und am Ende noch das Geschick, verhängt aber gegenüber der zum nicht geringen Teil auf dem Gemüt des Menschen basierenden Geistesmacht der Kirche und der Religion recht wenig (S. 300).“

In dem letzten Punkte täuscht sich Genosse Schröder sehr. Die Macht der Religion gründet nicht allein auf dem Gemüt des Menschen, sondern auch, was vorwiegend, auf ihrer Vernünftigkeit, mit der sie den Forderungen des vernünftigen Denkens gerecht wird. Welche Genosse Schröder dieser sehen, so würde er begreifen, daß die sozialdemokratische, materialistische Gesellschaftsauffassung und Weltanschauung aller Vernunft ohne Irrtum und daher im Kampfe mit der Religion den Kürzeren ziehen muß, daß eben deshalb in der Erkenntnis dieser inneren Minderwertigkeit die Volkstumswesen nach der Krone des Kulturkampfes streben, um auf diese Weise mit dem verhassten Gegner Religion und Christentum fertig zu werden.

Die meisten, der jährlich seinen Austritt aus der Kirche anmelde, tun es unter dem kirchenfeindlichen Zwange führender Genossen. Die führenden Mitglieder der Sozialdemokratie finden an der Kulturkämpfer einen mühsamen Gefallen, und diejenigen am meisten, welche gleichmütig verfahren, keine kulturkämpferischen Neigungen zu besitzen. Namentlich auf dem Schmalgebiete wird der Gehel anzusetzen vermag.

Sammtband fabriziert. Hat ein Sammtweber seine Kette angebrocht, so sollte man meinen, daß dieselbe auch ganz abgewebt würde, um Material zu sparen. Aber weit gefehlt! Bei einigen Werken wird überhaupt keine Kette im Werte angebrocht, und so kommt es, daß 10, 12 oder gar 14—16 Meter abgezogen werden, zum Schaden für Arbeitgeber und Arbeiter. Aus Vorbehalten ist zu ersehen, daß manchmal am verkehrten Ende gespart wird, sowohl von Arbeitgebern wie von Arbeitern. Mügen beide Teile die richtige Lehre aus dem Gesagten ziehen und von jetzt ab an der richtigen Stelle sparen.

Sozialdemokratie und Austritt aus der Kirche.

„In dem sozialistischen Monatsheften (Aprilheft 1906) veröffentlicht Genosse W. Schröder einen Artikel „Sozialdemokratie und Kirche“, worin er den wilden Kulturkämpfern seiner Partei den Rat gibt, in Zukunft etwas zäher zu Werk zu gehen, da sie sonst nur die eigene Partei schädigen und weite Kreise von ihr abziehen. Denn die Gegenwart wirft die Frage auf, ob die religions- und kirchenfeindliche Haltung so mancher Sozialdemokraten dem Sozialismus einen ähnlichen Gewinn gebracht habe, wie der Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihre profanen Stützen. Wohl nur wenige werden diese Frage bejahen (S. 27).“

„Zwar will der Genosse darüber keine Anklage erheben gegen jene seiner Parteigenossen, welche in scharfen Auseinandersetzungen gegen die Religion ihr Behagen finden; diese, meint er, entschuldigen zu können mit der Art und Weise, wie die Geistlichen selbst die Sozialdemokratie bekämpfen. Damit mag sich Genosse Schröder den Rücken decken wollen gegen Angriffe auf seine Darlegungen aus dem eigenen Lager von jenen derjenigen Genossen, welche sich durch diese seine tadelnden Bemerkungen getroffen fühlen könnten. Der Beweis für seine Behauptung, daß manchen Geistlichen seit jedes Hauptmittel recht war, verfehlt er nicht einmal, jedenfalls hat sich keiner zu dem Satz des sozialdemokratischen Wortführers Kautsky vertragen, daß dem Feinde gegenüber die Pflicht der Wahrhaftigkeit nicht gelte.“

Was diesen Ausführungen des Genossen Schröder besonderes Interesse gibt, ist das Eingeständnis, daß trotz aller Agitation und sozialdemokratischer „Aufklärung“ es doch noch nicht gelungen ist, die Religion ganz aus dem Herzen des Arbeiters zu vertreiben. Die Agitation für den Austritt aus der Landeskirche dauert Jahrzehnte, und sie ist mit beträchtlichem Aufwand von Mühe geföhrt worden. Wo irgend ein Daten sich einschlagen ließ, geschah es. Demnach im Pastor sich unangemessen am Grabe eines Sozialdemokraten, wurden die Kirchensteuer am Orte erhöht, wurde zugunsten des kirchlichen Einflusses die Verwaltung oder gar die Gesetzgebung in Bewegung gesetzt: kein Anlaß ging vorüber, ohne daß die freireligiöse Agitation unter dem mehr oder weniger nachdrücklichen Beistand sozialdemokratischer Blätter mit Eifer eingriff. Was war das Resultat dieser unangenehmen Mühen?

Seien wir ehrlich. So stark im deutschen Proletariat das Bedürfnis ist, dem Unmut über die schmerzhaften politischen und wirtschaftlichen Zustände durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel bei den Reichstagswahlen, durch Anschließung an die gewerkschaftlichen Organisationen Ausdruck zu geben, so gering ist die Neigung, gegen Religion und Kirche laut zu protestieren. Gewiß, die Zahl der positiven Christen, ja auch nur der gelegentlichen Kirchenbesucher ist gering im Proletariat, aber ebenso gering ist die Zahl derer, die es der Mühe für wert halten, ihrem Bruch mit der Religion dadurch offen Ausdruck zu geben, daß sie ihren Austritt aus der Landeskirche erklären und ihre Kinder nicht taufen lassen. Alle Agitation in dieser Richtung hat kein befriedigendes Ergebnis gehabt und wird auch trotz aller reaktionären Schuldgefühle nur mit mäßigem Gewinne abschließen (S. 398).“

Auf Grund dieser seiner Beobachtungen erteilt daher Genosse Schröder der Sozialdemokratie den Rat, ihre Kulturkämpfe einzustellen. Denn „ein Kulturkampf gegen Kirche und Religion hat auch keine Schattenseiten und läßt die Frage, wer schließlich den Gewinn davontragen wird, selbst dann sehr unentschieden, wenn nicht preußische Bureaucraten ihn unter dem Beifall der National-Liberalen, sondern Verwaltungsbeamte der sozialistischen Gesellschaft ihn rein mit des Geistes Schröder (!) und mit Unterstützung beträchtlicher Sozialisten von solcher Intelligenz (!) führen, wie sie sich zahlreich Lager nur in den sozialdemokratischen Wahlvereinen preußischer Großstädte anzuhäufeln pflegt. Uns auf die siegende Gewalt der materialistischen Gesellschaftsauffassung, überhaupt auf unsere Wissenschaftlichkeit allein zu verlassen, ist recht schön und am Ende noch das Geschick, verhängt aber gegenüber der zum nicht geringen Teil auf dem Gemüt des Menschen basierenden Geistesmacht der Kirche und der Religion recht wenig (S. 300).“

In dem letzten Punkte täuscht sich Genosse Schröder sehr. Die Macht der Religion gründet nicht allein auf dem Gemüt des Menschen, sondern auch, was vorwiegend, auf ihrer Vernünftigkeit, mit der sie den Forderungen des vernünftigen Denkens gerecht wird. Welche Genosse Schröder dieser sehen, so würde er begreifen, daß die sozialdemokratische, materialistische Gesellschaftsauffassung und Weltanschauung aller Vernunft ohne Irrtum und daher im Kampfe mit der Religion den Kürzeren ziehen muß, daß eben deshalb in der Erkenntnis dieser inneren Minderwertigkeit die Volkstumswesen nach der Krone des Kulturkampfes streben, um auf diese Weise mit dem verhassten Gegner Religion und Christentum fertig zu werden.

Die meisten, der jährlich seinen Austritt aus der Kirche anmelde, tun es unter dem kirchenfeindlichen Zwange führender Genossen. Die führenden Mitglieder der Sozialdemokratie finden an der Kulturkämpfer einen mühsamen Gefallen, und diejenigen am meisten, welche gleichmütig verfahren, keine kulturkämpferischen Neigungen zu besitzen. Namentlich auf dem Schmalgebiete wird der Gehel anzusetzen vermag.

Sozialdemokratie als Arbeitgeber.

Die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkstg.“ wußte in ihrer Nummer vom 5. April von einem „kerikalen Schwandelsgebäude“ zu berichten. Es handelt sich um den zur Zeit von uns gebrauchten „kerikalen Schwandelsgebäude“ — ein lange Bericht.

Die „Wahrheitsliebe“ und „Arbeiterfreundlichkeit“ der Sozialdemokratie erscheint hier nochmals im reinsten Lichte. Da ist der sozialdemokratischen Presse wirklich ein böses Malheur passiert. Der „kerikale Schwandel“ war bereits so schon zurechtgeführt. Die sozialdemokratische Volkskommission hatte den „kerikalen Schwandelspreisen“ entgegen Bericht.

Frattischen Volkskommission der Vorwurf gemacht wurde, der „tarifuntenen“ Firma Litz die Lieferung der Volkshausmatten übertragen zu haben. Diese habe ihren Arbeitern für diese Arbeiten noch besondere Zugabe gemacht. Als sich darauf die zwei eben dem Verbands beizugehenden Arbeiter an die Firma gewandt hätten und auch die noch inorganisierten für ihren Verband (den sozialdemokratischen Verband der Tapezierer) zu gewinnen suchten, seien sie entlassen worden. Diese Behauptungen bezeichnet die „Volkstg.“ als Schwindel. Die Firma Litz soll die tariflichen Löhne gezahlt, keine Zugabe für die Volkshausmatten gemacht und keine Arbeiter gemahregelt haben. Die Volkskommission bedürfte keiner Entschuldigung; denn sie habe in allen Punkten korrekt und gemäß den gewerkschaftlichen Grundfäden gehandelt. Nun, in Bezug auf gewerkschaftliche Grundfäden — soweit die Grundfäden der „freien“ Gewerkschaften in Frage kommen — besteht die sozialdemokratische Presse ja ein seines Verständnis. Als kuldbolle Förderer der Bestrebungen der „freien“ Gewerkschaften wird sie auch die „freie“ Gewerkschafts-Presse eifrig verfolgen. Da kann es ihr denn nicht unbekannt sein, daß das „Korrespondenzblatt des (sozialdemokratischen) Verbandes der Tapezierer und verwandten Berufsge nossen“ in seiner Nr. 43 vom 24. März (diesem Verbands gehörten die entlassenen Arbeiter an) den „kerikalen Schwandel“ befragt. Es wird die Sachlage wohl am besten klären, wenn wir die Ausführungen der „Volkstg.“ denen des sozialdemokratischen Gewerkschaftsorgans gegenüberstellen.

Die „Volkstg.“

Die „Volkstg.“: Das sozialdemokratische Gewerkschaftsblatt. Die Differenzen bei der Firma Leonhard Litz, Wackerhaus, Köln am Rhein. Bei unserer Lokalbewegung im Jahre 1904 wurde auch von Litz der allgemeine Lokaltarif anerkannt. Bei den besten Verhältnissen hätten sich die dortigen Kollegen etwas sicherer und glaubten, die Organisation nicht mehr nötig zu haben. Die Folge hiervon war, daß sich der Chef erlaubte, die seigestrigen Preise um 10 bis 20 Proz. zu reduzieren, was sich aber durch Konsumrentenwähler nicht nur ausglich, sondern die Tariflöhne wurden sogar überflüssig. Im Herbst vorigen Jahres wurden für das neu erbaute „Volkshaus“ Arbeiter ausgeglichen. Hier machte die Ortsverwaltung an die die Arbeiten vergebende Gewerkschaft eine Eingabe, bei der Vergütung der Lieferung nur tarifliche Firmen zu berücksichtigen und den Verband zu Rate zu ziehen. Diese Eingabe wurde aber quasi übersehen und ohne weiteres der Firma Litz die Arbeiten übertragen. Es wurde versucht, die Kollegen daselbst wieder zu organisieren, worauf auch zwei eingingen. Abhand wurde sich der Verband wegen der herrschenden Arbeitslosigkeit im Winter an die Firma mit dem Ersuchen, die Volkshausarbeiten baldmöglichst in Angriff nehmen zu lassen und bei Bedarf an Arbeitskräften unbeschränkt zuzugreifen. Die Firma, die dies erfahren, habe darauf die Leute entlassen. Weiter wird behauptet, eine „Kölner Parteigröße“ habe in einer Versammlung mitgeteilt, der Vertreter der Firma habe erklärt, der Volkskommission ausdrücklich erklärt zu haben, daß bei den niedrigen Preisen die tarifmäßigen Löhne nicht gezahlt werden könnten. Die Volkskommission soll sich damit entschuldigt haben, daß die Vergütung von Arbeiten gewerkschaftsmäßig behandelt werden müsse.

Alle diese Angaben sind teils verifiziert, teils erfinden. Die Leitung der Volkskommission bedarf keiner Entschuldigung; denn sie hat in allen Punkten korrekt und gemäß den gewerkschaftlichen Grundfäden gehandelt. Es ist unwahr, daß der Firma Litz die Arbeit übertragen worden sei, weil sie die niedrigsten Löhne gefordert. Vielmehr geschah die Uebertragung, nachdem die als Gutachter herangezogenen Sachverständigen die Probearbeiten der Firma Litz als die besten bezeichnet, ohne daß die Gutachter die Namen der Lieferanten und den geforderten Preis kannten. Daß die anderen Bewerber die Lieferung nicht erhielten, lag lediglich an der schlechteren Qualität und Ausschlagung ihrer Probearbeit. Unwahr und in der erwähnten Versammlung auch richtig gestellt worden ist, daß der Vertreter der Firma Litz erklärt habe, wegen der vorliegenden „niedrigen Preise“ Abzüge an den tarifmäßigen Löhnen machen zu müssen. Die Firma hat lediglich, wie alle Gewerker gefagt, daß sie die äußersten Preise gemacht habe. Der Preis ist so, wie er gefordert wurde, hervorgehoben, und die Volkskommission hat sich vergewissert, daß die Firma die tariflichen Löhne zahlt. Auch die Angaben bezüglich der Organisations- Angehörigkeit der Treuhänder sind falsch. Die in Betracht kommenden beiden Gehilfen waren schon längere Zeit organisiert, einer war sogar bei Litz erstatteter Vertrauensmann des Verbandes. Das von kerikalen und kirchlich-dünkelnden Verleumdern errichtete Schwandelsgebäude fällt also in sich zusammen; und das Kölner Volkshaus steht makellos da.

Die „Wahrheitsliebe“ und „Arbeiterfreundlichkeit“ der Sozialdemokratie erscheint hier nochmals im reinsten Lichte. Da ist der sozialdemokratischen Presse wirklich ein böses Malheur passiert. Der „kerikale Schwandel“ war bereits so schon zurechtgeführt. Die sozialdemokratische Volkskommission hatte den „kerikalen Schwandelspreisen“ entgegen Bericht.

Die „Wahrheitsliebe“ und „Arbeiterfreundlichkeit“ der Sozialdemokratie erscheint hier nochmals im reinsten Lichte. Da ist der sozialdemokratischen Presse wirklich ein böses Malheur passiert. Der „kerikale Schwandel“ war bereits so schon zurechtgeführt. Die sozialdemokratische Volkskommission hatte den „kerikalen Schwandelspreisen“ entgegen Bericht.

Die „Wahrheitsliebe“ und „Arbeiterfreundlichkeit“ der Sozialdemokratie erscheint hier nochmals im reinsten Lichte. Da ist der sozialdemokratischen Presse wirklich ein böses Malheur passiert. Der „kerikale Schwandel“ war bereits so schon zurechtgeführt. Die sozialdemokratische Volkskommission hatte den „kerikalen Schwandelspreisen“ entgegen Bericht.

Die „Wahrheitsliebe“ und „Arbeiterfreundlichkeit“ der Sozialdemokratie erscheint hier nochmals im reinsten Lichte. Da ist der sozialdemokratischen Presse wirklich ein böses Malheur passiert. Der „kerikale Schwandel“ war bereits so schon zurechtgeführt. Die sozialdemokratische Volkskommission hatte den „kerikalen Schwandelspreisen“ entgegen Bericht.

den Streit ein. Nach etwa vierzehntägigem Kampfe bewilligte die Firma den Kneimundentag und für die Arbeiter 3.— Mt. Tagelohn, statt bisher 2,70 Mt. Weber die weiteren Forderungen sollte mit der Kommission verhandelt werden.

Was auf weiteres wird 9 Stunden gearbeitet, länger wird nicht gearbeitet. Wenn Weber auf Arbeitsmaterial warten müssen, werden dieselben beim Fahren oder sonstigen Arbeiten beschäftigt und erhalten pro Stunde 40 Pfg., oder sie werden an leer stehende Stühle gestellt.

Mittags werden die Fenster geöffnet. Nachmittags mit 14. und 16. Cops Lohnen pro Stück 50 Pfg. höher.

Sattdirelle Lohnen vom 1. Juli d. J. an 50 Pfg. pro Stück höher, und behalten wir uns vor, den Lohn für Dreile später um weitere 50 Pfg. zu erhöhen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß wir den zweiten Stuhl hierauf anderweitig besetzen.

Das Fegen am Sonntagnachmittag die Staubentfernung von leer stehenden Stühlen besorgen Arbeiter.

Wer nun glaubt, es würde für längere Zeit Ruhe und Frieden herrschen, der irrt sich sehr. Am Dienstag, den 24. April fand eine Fabrikbesprechung statt, in welcher seitens der Wortführer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes laute Klage geäußert wurde über den Meister, welcher nur Meister des christlichen Textilarbeiterverbandes einsetze, und man glaubte, der „deutsche“ solle mit der Zeit abgemurrt werden; deshalb müsse der Meister heraus, wenn es so weiter ginge.

Eins noch kam in dieser Sitzung vor, was verdient weiteren Streifen bekannt zu werden. Als die Kommission sich beschwerte, daß den Webern nur 36 statt 40 Pfg. Stundenlohn gezahlt wäre, fragte Herr Neuberg, weshalb sich denn die Arbeiter nicht beschwert hätten, da doch schon 2 Kommissionsmitglieder 36 Pfg. Stundenlohn bekommen hätten.

dem Verbandsgebiete.

Sehenburg. Die am 22. April abgehaltene Mitgliebertagung verlief sehr in entgegenstimmiger Weise mit der Anstellung eines gemeinsamen Beamten resp. Einziehung der Beiträge für das Sekretariat. Der Vorsitzende teilte hierzu die Beschlüsse der am 8. April in Eberfeld stattgefundenen Konferenz mit.

Schein. Unsere Betriebsversammlungen am 6. und 20. April waren sehr gut besucht. Kollege Schlegel sprach über folgende Themen: 1) Das ist und die bessere Ausbreitung in Wülhausen, und 2) Was müssen wir Arbeiter von unsern Arbeitgebern erwarten wissen? Welche Rechte werden sehr beifällig aufgenommen und tragen viel zur Belebung und Schulung der Mitglieder bei.

Julda. Am 21. April hielt unsere Ortsgruppe ihre Monatsversammlung ab, welche sich eines guten Besuchs erfreute, besonders hatten sich die Arbeiterinnen zahlreich eingefunden.

der Industrie und die daraus resultierenden Folgen. Redner wies darauf hin, daß die Industrie nach billigeren Arbeitskräften suche, und diese in der Arbeiterin gefunden würden. Vor allem bedürfen die Arbeiterinnen eines höheren Schutzes vor den ständigen Gefahren, denen sie ausgesetzt sind.

Die heute im Vereinslokal „Harmonie“ versammelte christliche Textilarbeiter sehen unsern Bezirksvorsitzenden mit wärmenden Gefühlen sprechen. Wenn derselbe aber für einen anderen Bezirk bestimmt sein sollte, so wollen wir uns zufrieden geben, bitten aber den Zentralvorstand dringend, diese Stelle so bald wie möglich durch einen andern geeigneten Kollegen zu besetzen.

Gera. In der am 21. April stattgefundenen Quartalsversammlung wurden zunächst die Protokolle verlesen und richtig gehalten. Kollege Hietzschold verlas den Kassenbericht für das erste Quartal. Der Revisor, Kollege Sippel, befandete, Kasse und Bücher in bester Ordnung befunden zu haben.

Gebweiler. Am 9. April hielt unsere Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Richard eröffnete dieselbe um 7,9 Uhr, begrüßte die Anwesenden und dankte ihnen für ihr zahlreiches Erscheinen. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht vom ersten Quartal, der von den Revisoren richtig befunden wurde.

Garbt. Weil aus hiesiger Ortsgruppe noch manche Urteile gegenüber den christlichen Gewerkschaften anzuerkennen sind, so beschloß der Vorstand unserer Ortsgruppe, am Sonntag, den 1. April eine öffentliche Versammlung abzuhalten mit der Tagesordnung: „die kulturelle Bedeutung der christlichen Gewerkschaften“.

Strefelb. Wir möchten hiermit die Mitglieder unserer Ortsgruppe, welche letzten Mai ihre Wohnung wechselten, auf unsern Namen machen, dieses unerschütterlich dem Führer oder einem Vorstandsmitglied mitzuteilen, damit keine Unannehmlichkeiten eintreten in der Zustellung von Karten und des Verbandsorgans.

Vorrang-Streite. Am 21. April hielt der „freie“ Textilarbeiterverband, hiesige Ortsgruppe, eine öffentliche Versammlung ab, mit dem Thema: „Die Kritik der Sozialdemokratie des Unternehmertums im Kampfe gegen die Arbeiter“.

Nachen den Arbeitern das Zweifelhafte aufgezogen mit dem Zusatz, für einen Stuhl müßte der volle Lohn bezahlt werden, für den zweiten jedoch nur 50%, also die Hälfte. Des weiteren jagte Redner, es wäre ein Mindestlohn von 52 Mt. vereinbart worden, jetzt habe aber die Firma 3. u. M. Meyer ihren Arbeitern nur 3,50 Mt. gegeben, also 10 Mt. weniger.

Über gleich hinterher waren die Christlichen wieder Streikbrecher und nur dazu da, um den „Deutschen“ in den Rücken zu fallen usw. Das Meistertum wurde von den „Genossen“ mit Begeisterung aufgenommen, namentlich auch deshalb, weil „Genosse“ Kräßig sagte, es werde jetzt seine erste Aufgabe sein, im Wieselthal eine Lohn- bezw. Zehnjahrestag-Bewegung in Szene zu setzen, denn die Konjunktur wäre jetzt günstig, da könnten schon höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit bewilligt werden.

Und was die Arbeiter von der Firma Frey betrafte, so möchte er den Arbeitern 25% Lohnerhöhung gönnen; aber es wäre besser, sie hätten dieselbe schon im Saal. Das konnte natürlich von „Genossen“ Kräßig auch nicht widerlegt werden, und nun wurde wieder auf die Geistlichkeit und die christlichen Gewerkschaften geschimpft, es seien lauter Zentrumsbrüder usw., wobei ihm von verschiedenen Genossen aus der Versammlung heftig widersprochen wurde.

Schirgiswalde. Am 7. April hielt die hiesige Ortsgruppe ihre leider schwach besuchte Quartalsversammlung ab. Eingang wies der Vorsitzende darauf hin, daß dieses die erste Versammlung eines vollen Quartals sei, und wir langsam aber stetig an Mitglieder zugenommen haben.

Sehr, Baden. Am 25. April wurde unsere Mitgliederversammlung abgehalten, welche vollständig besucht war (nur zwei Kollegen und zwei Kolleginnen fehlten, legierte mit begründeter Entschuldigung). Nach einer Eröffnungssprache des Kollegen Kogler, in welcher er seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck verlieh, erteilte er dem Kollegen Kommerer von Säckingen das Wort.

Bürxelen. In unserer Versammlung am 16. April ehrten wir zunächst das Andenken unseres verstorbenen Mitgliedes Peter Jos. Lynen in der üblichen Weise. Darauf referierte der Vorsitzende in längerem Vortrag über die momentane Situation im Nachener Bezirk. Redner wies darauf hin, wie die Frage des Zweifelhafte im Jahre 1895 die Gründung des Lokalverbandes veranlaßt habe und daß wir daselbe nur durch die stramme Organisation und durch die kluge Taktik unserer Führer bisher abgehalten hätten.

Versammlungskalender.

- Beitrath. 5. Mai, 9 Uhr, bei Ludwig Böhmern, außerordentliche Generalversammlung.
Bocholt. 6. Mai, 11 1/2 Uhr, bei Fimping.
Borghorst. 6. Mai, 11 Uhr, Vertrauensmännerbergl.
Borken i. W. 13. Mai, 11 Uhr.
Brombach. 6. Mai, 8 Uhr, im Lokale zur Krone.
Dülken. 6. Mai, 10 Uhr, Generalversammlung beim Wirten Wilhelm Wien.
Dähmen. 6. Mai, 11 Uhr, bei Kautz.
Giesfeldchen. 13. Mai, 11 Uhr, im Vereinslokal.
W. Gladbach-Gieden. 13. Mai, 6 1/2 Uhr, bei Schäfer.
Glauchau. 5. Mai, 7/8 Uhr, im Meißnerhaus.
Glinzberg. 13. Mai, 7/8 Uhr, im Gasthaus z. Krone.
Göhu. 6. Mai, nach dem Hochmiste bei Bösch, Verhandlung, Bücherabgabe.
Gelsenbrunn. 6. Mai, 11 Uhr, bei Gölgers.
Hermes-Dahl. 5. Mai, 9 Uhr, bei Schumacher.
Hodeneufelch. 6. Mai, 6 Uhr, bei Fröh Junker, Gledenhäuser.
Häuser-Nottingen. 6. Mai, 3 1/2 Uhr, bei Bäckle, Nottingen.
Jöbenbüren. 6. Mai, 4 Uhr, bei Rosshöhe.
Kreuzsch. i. E. 13. Mai, 4 Uhr, bei Guntmann.
Kreuzsch. i. E. 13. Mai, 4 Uhr, Sonntag im Monat Wetzl.
Kreuzsch. i. E. 13. Mai, 6 Uhr, bei Karl Wegge.
Nordhorn. 6. Mai, 13 Uhr, in der Kriegerhalle, Berechnung der Vertrauensmänner und Vorstandsberechnung.
Schweim. 12. Mai, 7/8 Uhr, im evang. Vereinshaus.
Schirgiswalde. 4. Mai, 7/8 Uhr, im Lokale „zum Türmchen“.
Wieseln. 6. Mai, 10 Uhr, Sitzung der Kartellbelegierten bei Hieselsburg.
Walheim. 5/6 Uhr, bei Böhler, in Bahn.
Waldhausen. 5. Mai, 3/4 Uhr, bei Wwe. Joh. Lennartz.
Walden-Abbr. 5. Mai, 8 Uhr, bei Klappor, am Markt.
Zittau. 6. Mai, 5 Uhr, bei Eidauer, Bierhalle.

Bocholt. (Kohleneinkaufsstelle der christlichen Bergbauvereine.) Am Donnerstag, den 24. Mai, (Fest Christi Himmelfahrt) morgens 11 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Franz Fimping, die ordentliche Generalversammlung statt. Tages-Ordnung: 1) Geschäftsbericht, 2) Kassenbericht, 3) Entwahl für ausstehende Kommissionsmitglieder (sowie die der Revisoren), 4) Anträge betreffend, 5) Mittelungen, 6) Gemeinamte Kasse betreffend. Anträge sind bis zum 20. Mai an den Vorsitzenden Wilhelm Splitthoff einzufragen. Die Mitglieder werden zu dieser Versammlung freunblichst eingeladen. (2.40 Mt.) Die Kommission.

An die Ortsgruppen des VII. Agitationsbezirks (Sulda).

Auf Beschluß des Zentralvorstandes ist der Bezirksleiter Peter Geier ab 1. Mai von Sulda nach Augsburg in Bayern versetzt worden. Die dem Bezirk Sulda angehörenden Ortsgruppen werden deshalb gebeten, alle geschäftlichen Angelegenheiten bis auf weiteres direkt mit der Zentralkasse zu regeln.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Louis Gellert in Greiz. Emil Lüdlin in Stetten. Math. Strucken in Hinsbeck. Ehre ihrem Andenken!

Advertisement for Meyers' Conversations-Lexikon. Text: 148,000 Artikel, Verweisungen. Sechste, gänzlich neu bearbeitete und vermehrte Auflage. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens. 20 Bände in Halbtaschen gebunden zu 10 Mark. Prospekt und Probehefte liefern jede Buchhandlung. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Mitglieder, agitiert für den Verband!